

Erklärung zur Ausbildungsinitiative 2003

Die Berufsausbildung im dualen System ist für die Mehrheit der Jugendlichen die Grundlage für dauerhafte Beschäftigungsfähigkeit und berufliche wie persönliche Entwicklung durch lebensbegleitendes berufliches Lernen. Sie sichert der Wirtschaft modern ausgebildeten Fachkräftenachwuchs und ist damit eine wesentliche Basis für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Jugendliche qualifiziert auszubilden, ist angesichts der mittelfristigen demographischen Entwicklung notwendig, um den drohenden Fachkräftemangel zu verhindern.

Bundesregierung, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften bekräftigen deshalb ihr gemeinsames Ziel, allen Jugendlichen, die dies anstreben und dazu in der Lage sind, eine duale Berufsausbildung zu ermöglichen. Infolge der wirtschaftlichen Situation ist die Erreichung dieses Ziels in diesem Jahr eine besondere Herausforderung. Neben gezielten Initiativen von Bundesregierung, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften für mehr Ausbildungsplätze der Betriebe ist eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ein wesentlicher Faktor.

Um so viele Ausbildungsplätze wie möglich zu mobilisieren, werden Bundesregierung, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften alle Anstrengungen unternehmen. Ausbildungspotential wird dabei vor allem bei zur Zeit nicht ausbildenden Betrieben gesehen. Insbesondere dieses Potential gilt es zu erschließen und weitere Betriebe für die Ausbildung zu gewinnen.

Die Unterzeichner sind sich in folgenden Zielsetzungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation einig:

- Die Wirtschaftsverbände, aber auch Bundesregierung und Gewerkschaften, werden alle Anstrengungen unternehmen, um allen Jugendlichen, die ausgebildet werden wollen und können, ein Ausbildungsangebot machen zu können.
- Die Unterzeichner werden zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um innerhalb der nächsten Jahren den Anteil ausbildender Betriebe in Deutschland deutlich zu erhöhen.

- Um zusätzliche Ausbildungspotentiale zu nutzen, müssen die begonnenen Neuordnungsverfahren für neue und flexibel einsetzbare Ausbildungsberufe, etwa die Metallberufe, zügig abgeschlossen werden. Ferner werden alle vorliegenden Vorschläge für neue und zu modernisierende Ausbildungsberufe rasch geprüft und entschieden. Dabei müssen auch neue, für Ausbildungsberufe tragfähige Tätigkeitsfelder in Bereichen mit weniger komplexen Anforderungen voll ausgeschöpft werden, um auch Jugendlichen mit schlechteren Startchancen einen Einstieg in eine qualifizierte Berufstätigkeit mit beruflichen Entwicklungschancen zu ermöglichen.
- Die Durchlässigkeit in der beruflichen Bildung bis zu den Hochschulen einschließlich einer Anerkennung auf europäischer Ebene wird weiter verbessert, um die Attraktivität der Berufsbildung bei Unternehmen und Schulabgängern zu steigern.
 - Die Unterzeichner appellieren an die Tarifvertragsparteien, in Tarifverträgen vermehrt ausbildungsfördernde Vereinbarungen zu treffen.
 - Die Länder sind aufgefordert, die notwendigen schulpolitischen Reformen zügig voranzutreiben, um die Qualität des allgemein bildenden Schulsystems zu steigern und dadurch mangelnde Ausbildungsreife bei Schulabgängern zu vermeiden. Außerdem muss das Angebot an Ganztagschulen erweitert werden.

Bundesregierung, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften werden zur Gewinnung von Ausbildungsplätzen vielfältige Maßnahmen ergreifen.

Sie werden erneut Ende Juli 2003 zusammentreffen, um die aktuelle Ausbildungsplatzsituation und eventuelle weitere gemeinsame Initiativen zu beraten; Beauftragte der Unterzeichner werden monatlich den Fortschritt analysieren.

Edelgard Bulmahn

Bundesministerin für
Bildung und Forschung

Dr. Dieter Hundt

Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Michael Sommer

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Wolfgang Clement

Bundesminister für
Wirtschaft und Arbeit

Dr. Michael Rogowski

Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V.

Norbert Hansen

Vorsitzender des Vorstandes der TRANSNET Gewerkschaft GdED

Ludwig Georg Braun

Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages

Frank Werneke

Stellvertretender Vorsitzender der ver.di

Hanns-Eberhard Schleyer

Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks

Ulrich Freese

Mitglied des Vorstands der IG Bergbau, Chemie, Energie

Ingrid Sehrbrock

Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes

Initiativen der Bundesregierung

Die Bundesregierung wird die Bemühungen im Jahr 2003 insbesondere durch folgende Initiativen flankieren, um Anreize zur Schaffung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze zu setzen:

- Die Ausbildereignungsverordnung (AEVO) wird für fünf Jahre ausgesetzt, um Unternehmen und Unternehmensgründern die Ausbildung zu erleichtern.
- Zur Vermeidung zusätzlicher Ausbildungskosten der Betriebe wird für Ausbildungsverhältnisse die Geringverdienergrenze auf 325 € festgeschrieben.
- Direkt oder indirekt ausbildungshemmende Bestimmungen werden abgemildert und beseitigt.
- Die Ordnungsverfahren und Gremienstrukturen zur Modernisierung dualer Ausbildungsberufe werden gestrafft.
- Bei Neuordnungsverfahren sollen Jugendliche mit schlechteren Startchancen auch durch die Schaffung weniger komplexer, auch zweijähriger und gestufter Ausbildungen, bessere Ausbildungschancen erhalten.
- Eine bundesweite, regionale und branchenbezogene Marketingkampagne für Ausbildung wird sich insbesondere an bisher nicht ausbildende Betriebe richten.
- Das Programm „Kapital für Arbeit“ (100.000 Euro zinsgünstiger Kredit für KMU bei Einstellung von Arbeitslosen) wird für die Einstellung von Ausbildungsplatzsuchenden ohne Ausbildungsplatz geöffnet.
- Zur strukturellen Verbesserung des Ausbildungsstellenmarktes durch regionale Kooperation wird die Bundesregierung eine neue Initiative starten (STAR – Strukturverbesserung der Ausbildung in Regionen mit besonderem Förderbedarf).
- Bestehende Ausbildungsplatzprogramme werden noch stärker auf Betriebsnähe und regionale Wirtschafts- und Arbeitsmarktsstrukturen ausgerichtet.
- Die Bundesregierung führt angesichts der besonders schwierigen Ausbildungsplatzsituation in den neuen Ländern das Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramm 2003 unvermindert mit 14.000 statt mit 12.000 Plätzen fort.
- Die Förderung der Berufsvorbereitung und Berufsausbildung von noch nicht ausbildungsfähigen und benachteiligten Jugendlichen nach dem Sozialgesetzbuch III durch die Bundesanstalt für Arbeit wird auf hohem Niveau fortgesetzt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung führt ein Programm durch („Kompetenzen fördern – Berufliche Qualifizierung für Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf“ – BQF), um durch mehr Flexibilisierung, Passgenauigkeit und Individualisierung, durch bessere Strukturierung und Betriebsnähe eine größere Effizienz zu erreichen und damit mehr Jugendliche zur Ausbildungsreife zu bringen.
- Die Bundesregierung hat zudem die Berufsausbildungsvorbereitung in das Berufsbildungsgesetz integriert, um die Ausbildungschancen noch nicht ausbildungsfähiger Jugendlicher zu verbessern. Unter Beteiligung der Sozialpartner wird rasch ein neues System von zertifizierten Qualifizierungsbausteinen aus Ausbildungsberufen für die Ausbildungsvorbereitung geschaffen.
- Mit dem Programm „Zukunft Bildung“ – in dessen Rahmen u.a. 4 Mrd. Euro für mehr und pädagogisch verbesserte Ganztagsangebote investiert werden – strebt die Bundesregierung an, dass mittelfristig deutlich weniger Schulabgänger ohne hinreichende Ausbildungsreife bleiben werden.

Die Bundesregierung wird die Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsangebotes und die Zukunftsfähigkeit der beruflichen Bildung durch eine Berufsbildungsreform in dieser Legislaturperiode flankieren und hierbei folgende Prioritäten setzen:

- Modernisierung, Entbürokratisierung und Flexibilisierung der Ausbildung
- Ausbildung für alle und Förderung Jugendlicher mit schlechteren Startchancen
- Verwirklichung von Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit beruflicher Bildung
- Internationale Öffnung der Berufsbildung
- Qualitätssicherung der beruflichen Weiterbildung

Die zur Umsetzung dieser Reform erforderliche Novellierung des Berufsbildungsrechtes wird in dieser Legislaturperiode abgeschlossen. Ferner wird die Bundesregierung Reformen, die Wachstum und Beschäftigungsaufbau unterstützen, zügig umsetzen.

Initiativen der Wirtschaftsverbände

Die Wirtschaft wird verstärkte Anstrengungen unternehmen, so viele Ausbildungsplätze wie möglich zu mobilisieren. Dazu haben die Spitzenverbände der Wirtschaft umfassende Maßnahmen und Initiativen eingeleitet.

Die Wirtschaftsverbände werden

- gezielt Unternehmen ansprechen, die zur Zeit noch nicht ausbilden,
- Unternehmen beraten, zum Beispiel bei der Auswahl von Bewerbern, bei der Erarbeitung von Ausbildungsplänen oder beim Abschluss von Ausbildungsverträgen,
- für die Ausbildung in ihren Gremien und bei Entscheidungsträgern werben,
- öffentlichkeitswirksame Kampagnen durchführen, wie zum Beispiel die IHK-Lehrstellenoffensive, in deren Rahmen die Industrie- und Handelskammern vor Ort eingebunden sind,
- verstärkt Lehrstellenentwickler und –werber einsetzen, um gezielt Unternehmen anzusprechen und zu beraten,
- Ausbildungsverbände und –ringe organisieren, zum Beispiel durch die Vermittlung von Verbundpartnern,
- mit relevanten Akteuren vor Ort kooperieren, wie zum Beispiel Berufsschulen und Bildungswerken,
- die neuen und modernisierten Berufe, zum Beispiel die neugeordneten Elektroberufe, bekannt machen und für ihre Nutzung werben,
- gezielt auf Ausbildungsplätze in Berufen, Branchen und Regionen hinweisen, für die noch Bewerber gesucht werden, zum Beispiel für Ernährungsberufe, für Verkehrsberufe, für papier- und kunststoffverarbeitende Berufe, für den Baustoffhersteller und den Landwirt.

Verbände und Kammern werden ihre eigenen Ausbildungsanstrengungen intensivieren. So werden die Industrie und Handelskammern die Zahl der von Ihnen selbst angebotenen Ausbildungsplätze in diesem Jahr erhöhen.

Die Wirtschaftsverbände lehnen eine Ausbildungsplatzabgabe ab.

Initiativen der Gewerkschaften

DGB und Gewerkschaften entwickeln vielfältige Initiativen, um auf fehlende Ausbildungsplätze aufmerksam zu machen und für zusätzliches Ausbildungsengagement zu werben. So lange aber weiter jeder sechste Jugendliche ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung bleibt, ist auch eine weitere Werbung für Bildungs- und Ausbildungsbeteiligung zur Verbesserung der Chancengleichheit aller jungen Menschen nötig.

Insbesondere heißt dies:

DGB und Gewerkschaften

- werden ihre Initiative fortsetzen, alle Betriebs- und Personalräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen zu zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsbemühungen zu motivieren,
- setzen im Rahmen der Kommunikationskampagne des DGB einen Schwerpunkt auf Bildung. Zeitpunkte: Juni 2003 sowie 2003/2004 zur Novellierung des BBiG,
- beteiligen sich an Aktivitäten zur Gewinnung von Ausbildungsplätzen, beispielsweise runde Tische zur Ausbildung, Ausbildungskonferenzen, Ausbildungsplatzwerbung der Bundesanstalt für Arbeit,
- werden dafür eintreten, dass eine gerechte, krisenfeste und alle Unternehmen beteiligende Finanzierung der Ausbildung gesichert wird.
- setzen sich weiter engagiert für eine Modernisierung der Ausbildungsberufe und des Berufsbildungsrechts ein, um das gesamte System weiter qualitativ hochwertig und zukunftsfähig und damit für alle Beteiligten attraktiv zu gestalten,
- werden auch künftig insbesondere ehrenamtliche Akteure der Berufsbildung in Berufsbildungsausschüssen oder Prüfungsausschüssen bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen,
- werden verstärkt für Formen von Verbundausbildung werben (beispielsweise Trabi-plus),

Die Gewerkschaften als Tarifvertragsparteien

werden durch eine aktive Tarifpolitik auch zukünftig dafür sorgen, dass für Jugendliche die Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung attraktiv ist und die Entwicklung einer sinnvollen Lebensperspektive bedeutet.

Der DGB

- wird Ausbildungsalternativen für Jugendliche mit schlechten Startchancen entwickeln und für diese Form zusätzlicher Ausbildungsmöglichkeiten werben
- wird (bis Ende Mai) prüfen, wie zusätzliche Ausbildungsberatungskapazitäten geschaffen werden können (regionale Ausbildungsentwickler),
- entwickelt neue und weiterführende Formen der Berufsorientierung und Berufs- bzw. Arbeitsweltvorbereitung an allgemeinbildenden Schulen (Projekt Workshop Zukunft sowie sozioökonomischer Unterricht).